

Paris mit Bonn einig

Bereits am ersten Tage der Besprechungen Adenauer — de Gaulle

Paris (ap/dpa). Der französische Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer haben am ersten Tag ihrer Gespräche über folgende Punkte Übereinstimmung erzielt: Die westliche Position in Berlin muß gehalten werden, die Berlin-Frage darf auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz nicht isoliert behandelt werden, bei den Besprechungen mit Chruschtschow muß der westliche Friedensplan der Genfer Konferenz vom Sommer nach wie vor als „Paket“ auf dem Verhandlungstisch liegen, es wäre gefährlich, den Status Berlins zu ändern.

Die zweitägigen Besprechungen Adenauers mit de Gaulle und Ministerpräsident Debré, die im Gegensatz zu den vorhergegangenen deutsch-britischen Gesprächen von einem prunkvollen Zeremoniell umrahmt werden, sind bisher in einer ausgesprochen freundschaftlichen Atmosphäre verlaufen.

Auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz sollen nach übereinstimmender deutscher und französischer Ansicht folgende Punkte stehen: die Abrüstungsfrage, das Deutschland-Problem unter besonderer Berücksichtigung Berlins, die Hilfe für Entwicklungsländer und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

Mit Überraschung wurde in Paris eine Presseerklärung von Staatssekretär von Eckardt aufgenommen, daß die Bundes-

regierung eine „atomare dritte Kraft“ nicht für nützlich halte. Von Eckardt sagte, es sei nicht realistisch, zu glauben, daß man ohne eine atomare Abrüstung zwischen die beiden bestehenden Machtblöcke einen dritten atomar gerüsteten Block setzen könnte. Entweder müsse atomar abgerüstet oder die bisherige Konstellation mit einem atlantischen Bündnis aufrechterhalten werden, das sowohl über atomare als auch über konventionelle Waffen verfügt.

Großen Raum nahmen bei den Besprechungen der Regierungschefs die Beziehungen zwischen den „sechs“ und den „sieben“ in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas ein. Beide Regierungssprecher erklärten, daß die Rückwirkungen auf den amerikanischen Markt beachtet werden müßten.

über der Behauptung, daß die Bundesrepublik, vertreten durch Bundeskanzler Adenauer, in Berlin „nichts zu suchen“ habe. „Bundesregierung 'raus aus Berlin!“ heißt jetzt die Parole, nicht mehr „Ami go home!“ Eine Rechtsgrundlage für diese modifizierte Forderung ist natürlich nicht vorhanden. Aber über derartige „bourgeoise“ Erwägungen pflegen sich Kommunisten die Köpfe nicht zu zerbrechen. Chruschtschow glaubt anscheinend, er könnte die westlichen Verbündeten Deutschlands dazu bewegen, ihre weitere Anwesenheit in Westberlin mit einer Isolierung der Stadt von der Bundesrepublik, zu der sie rechtmäßig gehört, zu bezahlen. Vielleicht haben ihn einige unbedachte Äußerungen aus westlichem Munde in dieser Annahme bestärkt. Das ändert aber nichts daran, daß er sich irrt.

Die Westalliierten wissen genau, was die Deutschen, was eine rechtliche Trennung Berlins von der Bundesrepublik bedeuten müßte: Berlin würde am ausgestreckten Arm Walter Ulbrichts politisch und wirtschaftlich verkümmern. Möglicherweise noch in der Stadt stationierte westliche Truppen müßten diesem langsamen Sterben tatenlos zusehen. Wir zweifeln nicht daran, daß Chruschtschow eine derartige Entwicklung begrüßen würde, nachdem ihm die Geschichte eine zweite Lösung à la Budapest nicht beschern wird. Berlin zu einem Eiland ohne Hoffnung zu machen, entspräche auch seiner Vorstellung vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, die er nun ausgerechnet in der ungarischen Hauptstadt zu dem besten gegeben hat.

Westberlin dankt für diese grandiose Idee aus Budapest.

Berlin und Budapest

DT. In der Atmosphäre von Budapest hat Chruschtschow wieder zu seiner wahren Natur zurückgefunden. Seine Erklärungen zur Deutschland- und Berlin-Frage waren die schärfsten seit jenen Tagen, als der Geist von Camp David über ihn kam. Sie waren ein Bekenntnis zur Unerbittlichkeit. Wir entnehmen ihnen, daß die Berlin-Krise nicht beseitigt ist, daß sie weiterschwelt im Windschatten der kommenden Konferenzen

und daß sie erneut entbrennen kann, wenn die Konferenzen nicht halten, was sich Chruschtschow von ihnen verspricht.

Besonders bemerkenswert an der Rede in Budapest ist der Taktikwechsel. Vor Camp David richteten sich Chruschtschows Angriffe in erster Linie gegen das „Besatzungsregime“ in Berlin. Die Forderung nach Abzug der westlichen Truppen wird auch jetzt noch erhoben, tritt aber in den Hintergrund gegen-

Sport und Politik

DT. Zwischen der Bundesregierung und der deutschen Sportführung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Wenn es am nächsten Sonntag zu der Entscheidung des „Nationalen Olympischen Komitees“ kommt, die ihre leitenden Herren Daume und Ritter von Halt auch dem Kanzler gegenüber vertreten haben, werden die Sportorganisationen in der Bundesrepublik eine Wahl treffen, die die Bundesregierung für falsch hält. Das könnte ein Beweis für die Unabhängigkeit sein, mit der sich der Sport in der Bundesrepublik bewegt. Aber es ist auch ein Beweis dafür, wie sehr der Sport heute gezwungen ist, seine Funktion politisch zu begreifen.

Die Auseinandersetzung um die Flagge, hinter der die deutschen Sportler in Squaw Valley und Rom einmarschieren sollen, hat erst die harte Wirklichkeit gegen die Illusion gesetzt, im sportlichen Wettstreit finde sich noch ein Paradies der jugendlichen Unschuld zusammen. Nun schwirren Mutmaßungen durch die Welt: Was würden die Ostblockstaaten in den olympischen Stadien tun, wenn die Fahne so oder so aussähe? Was hätte man von der Sowjetunion zu erwarten?

Die Fragen können nur auftauchen, weil die Olympischen Spiele sich weit von dem Geist entfernt haben, in dem sie Baron de Coubertin wieder neu begründet hat. Ein Wettstreit der Jungen, bei dem die Besten der Welt, ohne Ansehen ihrer nationalen Herkunft, den Lorbeer tragen sollen: Was ist von dieser kühnen, die Grenzen souverän mißachtenden Menschheitsidee übriggeblieben? Die einzelnen in den Völkern, die sich berufen fühlen, um die höchste Anerkennung zu wetteifern, brauchen gewiß die Hilfe ihrer Staaten und ihrer Völker. So mußte es wohl kommen, daß sie bei den Olympischen Spielen als Mannschaft auftraten. Ihre Fahne aber, die einer vor ihnen hertrug, sollte nichts anderes sein als eine Kennzeichnung der einzelnen Völker und Staaten, die ihre Besten geschickt hatten.

Mit Hitlers Berliner Olympia von 1936 aber fiel politische Machtentfaltung und politischer Mißbrauch des olympischen Gedankens zum ersten Male über den Sport her. Damals zeigte sich, daß die größte Förderung des sportlichen Austausches und des sportlichen Wettbewerbs durchaus einhergehen kann mit der Vorbereitung zur Gewalt. Als drei Jahre danach die Welt in Hitlers Krieg versank, erinnerten sich wohl nur wenige jener strahlenden Friedenserwartungen, die das olympische Fest von Berlin seinem Inszenator eingebracht hatte. Und als nach diesem Krieg in Amsterdam, Helsinki und Melbourne die Olympischen Spiele sich wieder Anerkennung schufen, da dienten die nicht mehr der olympischen Versöhnung, sondern sie wurden der Wettkampf der Welten, die Auseinandersetzung zwischen den politischen Gewalten, die sich unten auf dem Rasen fortsetzten.

★

Frühere Olympiaden kannten den Wettkampf schlechthin. In die Nachkriegsspiele aber drang die Politik nicht nur durch die Ritzen; sie wurde ein Element der Spiele selbst. Die elementarsten Bestimmungen gingen in die Brüche; denn die großen Equipen, mit denen die Sowjetunion und ihre Satellitenländer zu den Spielen anrückten, waren mit jungen Menschen gefüllt, die den Sport als Staatsberuf, als propagandistische Aufgabe betrieben. Anfängliche Versuche, an das Amateur-Statut zu erinnern, versickerten immer mehr vor dem Anspruch der Länder hinter dem Eisernen Vorhang, ihre Sportler nach eigener Wahl schicken zu wollen. Die Siege auf den olympischen Feldern der letzten Spiele wurden immer sichtbarer zu politischen Demonstrationen. Solche Methoden der olympischen Vorbildung mußten mehr und mehr auch auf die Länder und Staaten wirken, die dem Professionalismus des Sportes und schon gar seiner politischen Missionierung fernstanden. Auch viele demokratische Länder gehen deshalb, um Erfolge zu erreichen, dazu über, ihre Olympia-Kandidaten lange vorher in eine berufsähnliche Vorbereitungszeit ein-

zuspannen — in einer Weise, die dem olympischen Gedanken die letzten Substanzen zu nehmen droht.

★

Bei dieser Entartung des internationalen sportlichen Wettbewerbs ist natürlich Deutschland in die übelste Situation geraten. Auf seinem Boden wird ja das Gegeneinander zwischen den echten olympischen Vorstellungen und ihrer politischen Abnutzung direkt ausgetragen. Was die Leiter der bundesdeutschen Sportverbände in den letzten Jahren auf ihren Hunderten von Konferenzen mit den kommunistischen Funktionären aus der Zone über sich haben ergehen lassen, wird gewiß einmal wertvolles Material für die Darstellung der östlichen Versuche sein, ganz Deutschland kommunistisch zu machen. Das Dilemma des bundesdeutschen Sports besteht ja darin, daß seine Sprecher eine Verbindung mit den deutschen Menschen, die in der unfreien Zone Deutschlands Sport treiben, suchen. Ihre Gesprächspartner aber sind nicht die Menschen selbst, mit denen wir Kontakt brauchen. Es sind die Funktionäre eines Regimes, die die Kontakte vermeiden wollen. Wenn diese Ost-Funktionäre sie dennoch bisweilen zur Aufstellung von gemeinsamen olympischen Mannschaften zulassen, so wollen sie dies einmal durch eine Unzahl von politischen Zugeständnissen erhandeln. Dazu aber lassen sie, wenn es einmal wirklich zur Einigung gekommen ist, den echten menschlichen Kontakt zu den von ihnen vorgeschickten Sportlern nicht zu. Zum anderen bieten sie den Sportbesuchern aus der Bundesrepublik in der Zone eine potemkinsche Sportfassade, die noch die der Ostblockländer übertrifft. Die sehr spendable Förderung, die die Zone dem Sport zuteil werden läßt, kann viele Menschen, die noch an die politische Unverbindlichkeit des Sports glauben, vielleicht vergessen lassen, daß Sporttreiben ein Instrument politischen Machtanspruches geworden ist. Aber wenn das die Sportler selbst übersehen sollten, so verpflichtet es gerade die, die in verantwortlichen Posten stehend, diese Entwicklung sehen,

Fortsetzung auf Seite 4

Fast 2 Millionen Gefallene

Völlige Unklarheit über die Verluste der Zivilbevölkerung

Göttingen (dpa). — Eine Bestandsaufnahme der Opfer des zweiten Weltkrieges hat der Göttinger Historiker Professor Dr. Percy Ernst Schramm gefordert. Niemand könne bis jetzt die Zahl der toten und vermißten Soldaten und Zivilisten einigermaßen zuverlässig angeben, erklärte Prof. Schramm. Regierung und Parlament sollten einen Fachausschuß zur Ermittlung der Kriegsoffer einsetzen.

Als Führer des Kriegstagebuches der Wehrmacht hat Professor Schramm Teile der Verluststatistik über den Zusammenbruch hinaus gerettet. Diese Erhebungen berücksichtigen jedoch nur die Todesopfer der Truppe und reichen bis zum 31. Januar 1945. Bis zu diesem Tage waren nachweislich 1 809 291 Soldaten der deutschen Wehrmacht (einschließlich Waffen-SS)

gefallen. Im Heer waren es 1 622 561, in der Kriegsmarine 48 204 und in der Luftwaffe 138 526. Unbekannt blieb die Zahl der Toten unter den 1 902 704 vermißten Soldaten. Über die Gefallenen, Vermißten und in der Kriegsgefangenschaft Verstorbenen aus der Zeit zwischen dem 31. Januar und dem 9. Mai 1945 besteht noch kein Überblick. Zwar habe man nach dem Weltkrieg Ermittlungen angestellt, die mit 2,73 Millionen Toten rechnen, doch bedürfe diese Zahl noch der kritischen Prüfung.

„Ist schon die Zahl der Gefallenen und Getöteten nicht mehr mit Sicherheit festzustellen, so besteht erst recht Unklarheit über die Verluste, die während und nach der Flucht von etwa 10 Millionen Menschen aus den Vertreibungsgebieten entstanden sind“, sagte Schramm.

säumige, militaristische, menschenverachtende Regierung in Bonn, die diese armen, zu Feindflügen verführten Piloten einfach zappeln läßt. So ist das gemeint. Ach, wie ist das dumm. Aber es ist interessant. Das ist nämlich die aktive Koexistenz.

Das ist die kommunistische Wirklichkeit. Aber nun kommen die Bilder für das Volk. Im „Neuen Deutschland“ darf man sie bewundern. Da verabschieden sich gerade Ulbricht und Grotewohl von ihren tschechoslowakischen Gästen, Staatspräsident Novotny und Ministerpräsident Siroky. Die vier Stalinisten lächeln süß und verständnisinnig: ganz Freunde der Menschheit. Süß und verständnisinnig wie die Worte des gemeinsamen Kommuniqués, die sich spaltenlang durch die einschlägigen Organe ziehen. Von Frieden ist da die Rede und von Völkerverständigung, von Koexistenz. Das sind ihre Worte. Und während sie sie aussprechen, quälen sich die Piloten im Prager Gefängnis, die Angehörigen in Deutschland: Bald kommt die Gerichtssitzung, bald wird das Urteil gefällt. Das sind ihre Taten. Das ist ihre Koexistenz. Das ist der kalte Krieg.

Das sind ihre Taten!

DT. — Eure Regierung kümmerst sich nicht um euch, sie läßt euch hängen. Wenn 60 Tage vorbeigegangen sind, kommt ihr vor Gericht und werdet verurteilt. Das haben die Tschechen den zwei deutschen Jabo-Piloten 31 Tage lang eingehämmert, und diese haben es nun nach Hause geschrieben. Wir halten das für einen der gelungensten Beiträge zur Völkerverständigung, der jemals über den Eisernen Vorhang gerecht wurde.

Man muß sich das einmal vorstellen: Am 22. Oktober stürzen zwei deutsche Flugzeuge über tschechoslowakischem Gebiet ab. Wahrscheinlich, weil das Provokieren durch heftigen Aufschlag auf fremdem Boden außerordentlich großen Spaß bereitet. Die Piloten werden sofort festgenommen. Aber Prag verschweigt, daß sie da sind, daß sie noch leben. Prag sieht zu, wie auf der anderen Seite große Suchaktionen abrollen — und schweigt. Prag läßt sich mit Anfragen bombardieren, sagt „Fehlanzeige“ — und schweigt. Erst nach 23 Tagen geben die Tschechen dann endlich zu, daß die Flieger in ihrer Hand sind und den internationa-

len Gepflogenheiten entsprechend freigelassen würden. Diese Antwortnote aber verschweigt Prag wiederum den Piloten. Diese wissen nichts von der Suchaktion, den Anfragen Bonns und der Bestätigung Prags, nichts. Sie wissen nur, was man ihnen immer wieder sagt: daß sie vor Gericht gestellt und verurteilt werden, wenn sich ihre Regierung nicht endlich um sie kümmert. „Man wartet hier nur darauf, bis von Bonn eine Antwort kommt.“ So steht es in dem einen der Briefe, die man sie schreiben ließ.

Ein Dokument der Menschlichkeit. Man fragt sich, was diese Quälerei nun eigentlich soll. Darauf gibt es eine sichere Antwort: die beiden Piloten sollen den höheren Zielen des kommunistischen Volkskampfes dienstbar gemacht werden. Man gibt ihnen 31 Tage lang moralische Kinnhaken, bis sie schließlich so schreiben, wie sie schreiben: zutiefst beunruhigt, verzweifelt. Die Briefe sollen die Angehörigen, sollen weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit erschütterern, empören, gegen die Regierung aufbringen, diese

Preise sanken schlagartig

Bonn (dpa). Beinahe schlagartig war am letzten Wochenende, wie das Bundesernährungsministerium mitteilte, ein Umbruch in der Preissituation für Lebensmittel festzustellen. Das Ministerium sieht in dieser Entwicklung einen wichtigen Anfangserfolg seiner Bemühungen, durch zahlreiche Maßnahmen zugunsten der Verbraucher einen Druck auf die Nahrungsmittelpreise auszuüben. In Bonn wird nicht damit gerechnet, daß auf irgendeinem Gebiet im alten Jahr und zu Beginn des neuen Jahres noch einmal eine Preisbewegung nach oben einsetzt. Man zeigt sich vor allem befriedigt darüber, daß die Marktlage sich noch vor Weihnachten wieder beruhigt habe. Die Preisenkungen seien auf allen Gebieten festzustellen und würden sich fortsetzen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Wiedervereinigung nur in Freiheit

Kuratorium Unteilbares Deutschland hielt seine Jahrestagung ab — 2000 Teilnehmer

Berlin (Eigenbericht). „Es gibt keinen Kompromiß zwischen der Freiheit und der Unfreiheit; es gibt keinen halben Weg zwischen Bonn und Pankow“, erklärte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel vor mehr als 2000 Teilnehmern der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin. Der 84jährige ehemalige Reichspräsident Löbe hatte die Tagung am Donnerstag in der Kongreßhalle eröffnet. Der Andrang war so groß, daß zahlreiche Teilnehmer die Eröffnungssitzung in einem anderen Raum, durch Lautsprecher übertragen, verfolgen mußten.

Von Hassel, der zugleich als stellvertretender Vorsitzender der CDU sprach, forderte dazu auf, den kommunistischen Anschlägen auf die Freiheit entschlossen zu begegnen. Wer die Wiedervereinigung um jeden Preis wolle, der müsse sie mit der Freiheit bezahlen. Hassel warnte jedoch gleichzeitig davor, auf die Wiedervereinigung zu verzichten oder die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Es sei falsch, dem Kremel einen Köder hinzuwerfen, um ihn zu beschwichtigen. Wenn der Bundeskanzler von Opfern gesprochen habe, die das deutsche Volk bringen müsse, so habe er gewiß keine Opfer gemeint, die substanzerstörend seien. Zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten, besonders zu Polen, wiederholte von Hassel den Standpunkt der Bundesregierung, wonach durch einen solchen Schritt zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Anerkennung Pankows gefördert würde.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer setzte sich für Verhandlungen mit der Sowjetunion über Entspannungszonen in Mitteleuropa ein. Der Weg zur Wiedervereinigung und Entspannung dürfe aber nicht über die Preisgabe Berlins führen.

„Mit Leidenschaft erfüllen“

Über das Thema „Jugend und Wiedervereinigung“ sprach der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer. „Wir werden die Jugend niemals von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung überzeugen“, rief er aus, „wenn wir uns gegenseitig zerfleischen.“ Die junge Generation müsse in der Wiedervereinigungsfrage von Leidenschaft erfüllt werden, sonst würden wir die Spaltung niemals überwin-

den. Es sei vordringlich, das Unvergängliche in unserem Volk, das Nationale, in der Jugend neu zu erwecken.

„Hauptstadt des Widerstandes“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, versicherte, Berlin werde auch weiterhin die „Hauptstadt des deutschen Widerstandes“, „Stätte der Begegnung“ und „Brücke“ zwischen beiden Teilen Deutschlands bleiben. „Wir haben gewaltige Reserven in der Welt, die es zu mobilisieren gilt, um dem Selbstbestimmungsrecht unseres Vol-

kes endlich zum Durchbruch zu verhelfen“, erklärte er. Zu diesen Reserven gehörten die USA als diejenige Macht, in der die öffentliche Meinung das stärkste Gewicht habe; ferner die afroasiatische Welt und schließlich die kleinen Nationen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, die empfindlich auf jeden Vertrauensschwund reagieren würden, der mit einem Eindrücken der Front in Berlin durch die Sowjets verbunden wäre.

Störversuche

Am ersten Tage versuchten die Kommunisten, die Veranstaltung des Kuratoriums zu stören. Fingierte Telefonanrufe sollten Unruhe unter den Kongreßteilnehmern wecken. Dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten v. Hassel wurde telefonisch mitgeteilt, seine Tochter sei schwer erkrankt. Ein Vorstandsmitglied erklärte dazu unter dem Beifall der Versammelten: „Die Anrufer haben sich damit selbst gerichtet.“

Sport und Politik

Fortsetzung von Seite 2

darauf zu achten, daß die so wünschenswerten menschlichen Kontakte mit unseren Landsleuten in der Zone nicht zu politischen Geländegewinn für die Kommunisten werden.

★

Dies vor allem haben die deutschen Sportler zu bedenken, wenn sie sich zur Olympiade und überhaupt zu internationalen Begegnungen rüsten. Man kann die Politisierung des Sportes beklagen. Man kann die guten Geister in allen Ländern aufrufen, sich gegen die grasierenden politischen Kräfte im internationalen Sport zusammenzufinden. Aber man kann es nicht tun, ohne selbst bei allen Handlungen und Entscheidungen das politische Gewicht in Rechnung zu stellen, das der Sport nun einmal in den Beziehungen der Völker erlangen hat. Natürlich hat der Sport unabhängig zu sein und

aus rein sportlichen Erwägungen zu handeln. Aber er kann nicht mehr so tun, als seien die olympischen fünf Ringe für ihn mehr wert als die Freiheit, aus der alle seine besten Kräfte schöpfen.

SSD-Spitzel festgenommen

Berlin (upl). Durch Ermittlungen der Politischen Polizei in Westberlin wurde der 42-jährige Arbeiter Ferdinand T. aus Aachen unter dem Verdacht landesverräterischer Beziehungen festgenommen. Der Arbeiter war, wie die Polizei mitteilte, im August 1959 von Aachen nach Ostberlin zu seiner Mutter gekommen. Dort habe er sich in einem sogenannten Rückkehrlager gemeldet, wo der SSD mit ihm Kontakt aufgenommen habe. Ferdinand T. habe den Auftrag erhalten, sich als Soldat oder Zivilangestellter bei der Bundeswehr zu bewerben. Außerdem sollte er militärische Einheiten auskundschaften,

Old Winnie und die dunklen Stunden

Sir Winston Churchill, Englands großer Mann, wurde 85 Jahre alt

Wenn die Einladung, die Bundeskanzler Adenauer bei seinem jüngsten Londoner Besuch ausgesprochen hat, sich verwirklicht, wird die Welt im kommenden Frühsommer ein einmaliges Schauspiel erleben. In einem Garten in Rhödorf werden nahezu zwei Dutzend Enkelkinder der beiden ältesten Staatsmänner der Welt die Kirschbäume plündern, während Konrad Adenauer mit seinem nur ein Jahr älteren Gast Sir Winston Churchill das seltsame Auf und Ab ihrer jeweiligen Länder und Völker vor einem Rosenstrauch diskutieren.

Man könnte sich keinen größeren Gegensatz vorstellen als das Leben, das Temperament und das politische Schicksal dieser beiden Staatsmänner. Hier der Kanzler, dessen große Stunde erst am Abend seines Lebens schlug und der sich ihr in bemerkenswerter geistiger und körperlicher Frische gewachsen zeigte. Dort der Nachkomme eines der größten englischen Feldherrn, des Herzogs von Marlborough, und der Sohn eines der größten Politiker seiner Zeit, Lord Randolph Churchill. Während seines ganzen nunmehr 85jährigen Lebens hat ihn die Sonne des Glückes und des Erfolges beschienen, als Soldat, als Kriegsberichterstatter und Abenteurer, Buchautor, Künstler, Historiker, Politiker, Parlamentarier, Minister und Regierungschef.

Im Zeichen des „V“

Man erwähne seinen Namen irgendeinem beliebigen Engländer, stets wird die Antwort sein „good, old Winnie“, guter, alter Winnie, und der Gesprächspartner wird ihn ohne Einschränkung als den größten und unbequemsten Sohn seines Landes bezeichnen. Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreichte er im Mai 1940 in Englands dunkelster Stunde, als er der Nachfolger des weichen „Mannes von München“, des unglücklichen Neville Chamberlain, im Amt des britischen Regierungschefs wurde. Da riß Sir Winston das ganze Volk mit

unermüdlichen, nie verzagenden Antrieber. Für immer denkwürdig, wie er am 13. Mai 1940 sein Amt antrat mit den Worten: „Ich habe nichts zu bieten als Blut, Schweiß und Tränen.“ Viel später erst kam das „V“-Siegeszeichen, das zusammen mit der unvermeidlichen Zigarre in der ganzen Welt gleichbedeutend wurde mit seinem Träger.

Der untersetzte Mann mit dem Stiernacken, dem fleischigen Kinn und der stets vornehmen Kleidung, Winston Leonard Spencer Churchill, wurde am 30. November 1874, in dem väterlichen Blenheim Schloß der Herzöge von Marlborough geboren. Seine Mutter war Amerikanerin, die Tochter des Besitzers und Chefredakteurs der „New York Times“. Nach Schuljahren in Harrow und der Kadettenzeit in Sandhurst nahm er mit besonderer Erlaubnis am spanisch-kubanischen Krieg 1895 teil, focht mit der britischen Armee 1897 an der indischen Nordwestgrenze, während des Mahdi-Aufstandes im Sudan und ging dann, nachdem er als Unterhauskandidat 1898 geschlagen worden war, als Kriegskorrespondent in den Burenkrieg.

Sein zweiter Versuch, ins Unterhaus zu kommen, war erfolgreich. Er wurde 1900 konservativer Abgeordneter, wechselte jedoch vier Jahre später zu den Liberalen über und war nacheinander Innenminister, Handelsminister und 1911 Erster Lord der Admiralität, in welcher Eigenschaft er aus eigener Initiative am Vorabend des Ausbruches des ersten Weltkrieges für die Mobilisierung der britischen Flotte verantwortlich war.

Nur in Not- und Kriegszeiten

Als sein berühmtes Dardanelles-Abenteuer gescheitert war, trat er 1915 als Minister zurück und ging als Oberstleutnant an die Flandernfront. Ein Jahr später war er Munitionsmminister und organisierte die Bewaffung und Ausrüstung der britischen Truppen. Als Kriegs-, Luftfahrt- und Kolonialminister wirkte er in den ersten turbu-

lenten Nachkriegsjahren, wurde in drei aufeinanderfolgenden Wahlen geschlagen, trat wieder zur Konservativen Partei über und zog 1924 als deren Kandidat für Epping und Woodford in das Unterhaus, wo er seit nunmehr 35 Jahren den gleichen Wahlkreis vertritt.

Sir Winstons politisches Schicksal ist es, stets nur in Not- und Kriegszeiten seinem Land an verantwortlicher Stelle dienen zu dürfen. Bis 1929 war er fünf Jahre Schatzkanzler, dann lebte er für acht Jahre in der „politischen Wildnis“, aus der er erst bei Kriegsausbruch zurückkehrte. Nachdem er zunächst unter Chamberlain wieder Erster Seelord gewesen war, wurde er im 2. Kriegsjahr der Chef der Koalitionsregierung und damit der Motor von Englands Kriegsanstrengungen und Siegeszuversicht selbst während der schweren Niederlagen. Er nahm an den Alliierten-Konferenzen von Quebec, Kairo, Teheran und Yalta teil, welche die bedingungslose Kapitulation und Aufteilung und Spaltung Deutschlands festlegten, und es war gerade Sir Winston, der später auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 dem Ausdehnungsdrang Moskaus entgegentrat.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie diese Potsdamer Konferenz geendet hätte, wenn Winston Churchill sie hätte zu Ende führen können. Noch während ihres Verlaufes wurde seine konservative Regierung gestürzt, und Clemens Attlee, der Arbeiterführer, nahm Sir Winstons Platz ein bei dieser ersten Gipfelkonferenz. Das englische Volk, das unter Churchills Führung durch vier harte Kriegsjahre Entbehrungen, Rückschläge und Austerität bereitwillig auf sich genommen hatte, schien plötzlich für seinen Retter aus größter Not keine Verwendung mehr zu haben. Es bedurfte erst wieder des sich verschärfenden kalten Krieges, der Luftbrücke und der Korea-Schlacht, um ihn im Oktober 1951 zurückzurufen als Ministerpräsident einer konservativen Regierung.

Fortsetzung auf Seite 6

Politik mit Dieben

DT. Die Infamie der Methoden des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes ist uns seit langem bekannt. In Westberlin hat der SSD leider allzuoft vorexerziert, mit welchen Mitteln dieses System operiert, um zum Ziel zu gelangen. Der Menschenraub ist nur ein Beispiel dafür. Was aber jetzt im Falle des „Rentnerinnenschrecks“ bekanntgeworden ist, übertrifft selbst die Ungeheuerlichkeiten, die auf dem Schuldkonto der Pankower Schergen stehen.

Fast vier Jahre lang hat die 28jährige Margot Schulze aus Ostberlin Westberliner Rentnerinnen ausgeplündert. Sie hat den Ärmsten der Armen systematisch jeweils um den Zahltag herum das Geld aus der Tasche geholt. Sie war eine gemeine Diebin. Und nun wird bekannt, daß sie nicht nur das war, sondern auch noch im Dienste des SSD stand. Sie sollte in Westberlin Leute bespitzeln.

Seit 1955 war dem SSD bekannt, daß diese Frau Rentnerinnen bestahl. Sie hat das dort selbst jetzt durch Unterschrift bestätigt. Das war aber kein Grund für den SSD, diese Frau der Westberliner Polizei auszuliefern, die sich schon vor Jahren an die „Volkspolizei“ gewandt und um Mithilfe bei der Suche nach dieser Verbrecherin gebeten hatte. Ganz im Gegenteil, Der SSD verpflichtete diese Frau trotz der Kenntnis ihrer Verbrechen, für ihn in Westberlin zu arbeiten.

Und Margot Schulze tat es. Sie stahl und spionierte. Nicht weniger als 200 Rentnerinnen verloren ihr Geld. Der SSD mußte es und tat nichts, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Er förderte es.

Ein System, das sich solcher niederträchtigen Mittel bedient, hat sich selbst gerichtet. Widerlicher hätte es sich nicht offenbaren können — als mit diesem Zugeständnis, das durch die Aussage der Trickdiebin jetzt bewiesen ist.

Old Winnie . . .

Fortsetzung von Seite 5

Vier Jahre noch, von 1951 bis 1955, führte Sir Winston die Regierung und das Land, obwohl er einen ersten Schlaganfall erlitt. Dann, der Kriegsmann Churchill hatte mittlerweile den Friedensnobelpreis erhalten, gab er das Steuer an andere, jüngere Hände ab, an Sir Anthony Eden, der es nach dem mißglückten Suezabenteuer Harold Macmillan übergab.

Für die Einigung Europas

Wenn heute Sir Winston im Unterhaus erscheint und langsamen, tastenden Schrittes auf seinen Platz auf der Vorderbank zusteuert und scheinbar unbeteiligt und vor sich hindämmend den Debatten lauscht, ist er nur noch der Schatten seiner selbst. Die Bürde des Alters und das Fehlen weiterer Verantwortung hat den größten Parlamentarier müde gemacht und stumm werden lassen. Unter ihm war das Unterhaus jahrzehntelang die Stätte lebendiger Debatten. Seit er verstummt, ist ihr viel von ihrem früheren Glanz genommen.

Der alte Krieger Winnie sucht immer mehr die Wärme des Südens, der Riviera, des Mittelmeeres, Marokkos auf, wo er seiner Leidenschaft als Sonntagsmaler nachgeht. Während der letzten Unterhauswahl hielt er in einem Wahlkreis nur eine einzige öffentliche Rede und weigerte sich auf der Kundgebung bissig und standhaft, irgendwelche Fragen zu beantworten. Er schreibt auch nicht mehr am laufenden Band historische Bücher, in denen er sich als glänzender Stilist erwies. Nicht weniger als 29 Bände hat er in seinem Leben geschrieben.

An seinem Geburtstag am nächsten Montag wird ein ganzes Volk in Dankbarkeit und Ehrfurcht seines „guten, alten Winnie“ gedenken. Man sollte nicht vergessen, daß es der Stock-Engländer Sir Winston Churchill war, der in seiner berühmten Züricher Rede 1946 erstmals die Forderung nach der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa erhob und im Mai 1948 der Vorsitzende des ersten Europakongresses in Den Haag war, der den Grundstein legte zur heutigen Einigungsbewegung des Kontinents.

Sowjets bleiben in Ungarn

Erklärung Kadars auf dem Parteikongreß

Budapest (dpa). Die in Ungarn stationierten Truppen werden so lange im Lande bleiben, wie es die internationale Lage erfordert. Mit dieser Feststellung entkräftete der ungarische KP-Chef Kadar Vermutungen, daß der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow in Budapest den baldigen Abzug der russischen Streitkräfte bekanntgeben werde. Die Stärke der sowjetischen Einheiten wird auf 60 000 Mann geschätzt.

Kadar sprach auf der Eröffnungssitzung des VII. Parteikongresses der ungarischen Kommunisten. Prominentester Gast der Tagung ist Chruschtschow. Auch SED-Chef Ulbricht weilt in Budapest. Westlichen Pressevertretern ist die Teilnahme am Kongreß untersagt worden. Selbst jugoslawische Korrespondenten sind nicht zugelassen.

Nachdem der ungarische Ministerpräsident Münich in der Begrüßungsrede die während des Volksaufstandes 1956/57 getöteten Kommunisten als „Märtyrer“ bezeichnet hatte, sprach

Kadar dem sowjetischen Ministerpräsidenten den Dank für die Niederschlagung der Revolution aus. Die sowjetischen Streitkräfte würden aber nicht aus innenpolitischen Gründen bleiben, sondern wegen der noch ungewissen allgemeinen Lage.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede richtete Kadar scharfe Angriffe gegen die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik. Die Beziehungen zu Österreich bezeichnete er als „unbefriedigend“, da die Regierung in Wien sich von „Machenschaften feindlicher Kreise“ beeinflussen lasse.

Kadar behauptete, daß die innerpolitische Lage Ungarns nun stabil sei. Es habe sich herausgestellt, daß der Volksaufstand vom Jahre 1956 auch auf die Fehler von Rakosi und seiner Gruppe zurückzuführen sei. Der stärkste Faktor der Revolution sei neben dem „Verrat“ Imre Nagys jedoch „der internationale Imperialismus“ gewesen.

Zonen-Schiller

DT. Einen neuen Beweis dafür, daß es den Machhabern der Zone weder um Sport noch um Kontakte von Mensch zu Mensch geht, auch wenn sie entsprechende Vokabeln gebrauchen, sondern immer nur um Propaganda, die auf die Verklärung des freien Teiles Deutschlands abzielt, lieferte jetzt das von ihnen nach Kassel beordnete Ensemble der Leipziger Städtischen Theater. Zwar spielten die Gäste Schillers „Don Carlos“ und ließen auch den beschwörend an den Spanier-König Philipp gerichteten Satz: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ nicht aus — wobei nur zu hoffen ist, daß ihn möglichst viele in Gedanken richtig adressierten. Doch was mit dem Gastspiel wirklich beabsichtigt war, geht sehr eindeutig aus dem Programmheft hervor — dessen Verkauf zugelassen zu haben übrigens ganz eindeutig auf das Schulkonto der Gastgeber geht.

Dieses Programmheft ist nicht nur ein Musterbeispiel offizieller sowjetzonaler Schiller-Interpretation, sondern ist eine einzige Schimpfkanonade gegen die Bundesregierung. Unter anderem wurde Bundeskanzler Dr. Adenauer mit Philipp II. von Spanien und dieser wieder mit Franco verglichen. „Leuchtendes Vorbild“ Adenauers, so heißt es weiter, sei Franco. Wie dieser Spanien, so wolle auch jener den „westdeutschen militärischen Staat“ am liebsten offen terroristisch regieren. Doch — zur Beruhigung wurde es hinzugefügt — alle „klerikal-faschistischen Weltherrschaftspläne“ seien zum Scheitern verurteilt, da durch die „gewaltige, erhabene Revolution“, die nach Meinung der Programmheft-Verfasser offenbar in der Sowjetzone stattgefunden hat, nicht nur Schillers Traumbilder verurteilt, sondern für die „befreiten Völker“ die Voraussetzungen geschaffen wurden, „den Weg zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ zu beschreiten.

Dies und vieles andere also war zu lesen in einer Schrift, die einer Veranstaltung mit angeblich unvolitischem Charakter diene! Was sich hier wirklich tat, haben — wie immer — nur sehr wenige gemerkt, darunter

der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Kasseler Stadtparlament, der in der Pause das Theater verließ und mit seinen Parteifreunden gegen den Mißbrauch einer Theaterveranstaltung zu massiver Propaganda protestierte. Alle anderen Besucher, darunter mehrere hundert Vertreter des öffentlichen

Lebens, spendeten — wie aus Kassel berichtet wird — „herzlichen Beifall“ und genierten sich auch nicht, an dem offiziellen Empfang teilzunehmen, den Staatstheater und Magistrat für Ulbrichts und Grotewohls Propagandakolonnen gab!

Nur so weiter!

Hagemann aus dem Dienst entfernt

Verfassungsfeindliche Tätigkeit und sittliche Verfehlungen

Münster (UPI/AP/DPA). Professor Walter Hagemann, der seit April suspendierte Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Münster, wurde am Dienstag vom Landesverwaltungsgericht in Münster mit der Entfernung aus dem Dienst be-

beamtengesetz von Nordrhein-Westfalen verletzt, das den Beamten Mäßigkeit bei politischen Äußerungen vorschreibt. Er habe durch Reden und Artikel die Verfassungsorgane und die deutsche Beamtenschaft herabgewürdigt, den Bundestag verunglimpft und der Bundesregierung Mangel an Verfassungstreue vorgeworfen, indem er ihr ernsthafte Bemühungen um die Wiedervereinigung abgesprochen habe.

Mehr Bundesbehörden nach Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Unter dem Beifall von rund 3000 Arbeitern hat Bürgermeister Amrehn in einer Betriebsversammlung der AEG in der Brunnenstraße betont, die Berliner dächten nicht daran, sich dem „Regiment von Hammer und Zirkel“ auszuliefern. Sie hätten nicht die Absicht, „politischen Selbstmord“ zu begehen. Amrehn, der an das jetzt ein Jahr zurückliegende sowjetische Ultimatum erinnerte, bezeichnete es als weitere Aufgabe, die Verbindungen Berlins zur Bundesrepublik zu festigen und auszubauen. Gerade jetzt müßten Bundesbehörden nach Berlin verlegt werden.

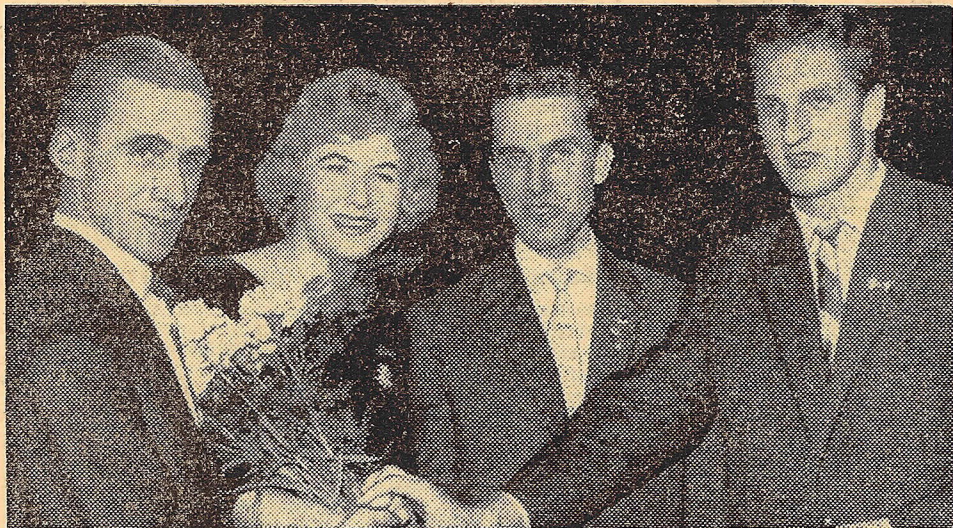
strafft. Er muß außerdem die Kosten des Verfahrens tragen. Hagemann will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Als Dienstvergehen wertete das Gericht die Rede Hagemanns vor dem sowjetzonalen Nationalrat und deren Vervielfältigung auf institutseigenen Maschinen sowie weitere Reden in Hamburg und Neukölln. Hagemann habe damit eine verfassungsfeindliche Organisation unterstützt und das Landes-

Das Gericht legte schließlich Prof. Hagemann sittliche Verfehlungen zur Last, die erst während des vom nordrhein-westfälischen Kultusministerium eingeleiteten Disziplinarverfahren bekannt wurden. Das Gericht sah als erwiesen an, daß Hagemann in mehreren Fällen, darunter auch mit Studentinnen seines Instituts, ehebrecherische Beziehungen unterhalten habe. Als Milderungsgründe rechnete es Hagemann an, daß er ein hochqualifizierter Hochschullehrer mit einem guten fachlichen Ansehen sei, der für sein Fach viel geleistet habe. Auch nehme das Gericht bei seiner politischen Betätigung an, daß er nicht wissentlich und willentlich den Kommunismus fördern wollte. Zudem hätte er aus seiner politischen Tätigkeit keine materiellen Vorteile gezogen.

Nicht mehr tragbar

Die Beantwortung der Frage, ob die politischen Vergehen allein zu einer Entfernung aus dem Dienst ausreichen würden, lehnte das Gericht ab. Hagemann sei nach der Gesamtheit der Dienstvergehen als Beamter nicht mehr tragbar. Er wurde auch nicht für würdig gehalten, einen Unterhaltszuschuß zu bekommen, vor allem wegen der ehebrecherischen Beziehungen zu Studentinnen.



BILDER DER WOCHE. Oben: Mit dem „Goldenen Band“ wurden (von links) Reiter-Europameister Fritz Thiedemann, Rollfanzweltmeister Rita Paucka und Peter Kwiet und Rekordläufer Martin Lauer beim Fest der Berliner Sportpresse ausgezeichnet. — Unten: Sabina Sesselmann und Jean Marais auf der Ausstellung „Finnische Glaswaren“ in Köln.

